

N i e d e r s c h r i f t
der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 06.10.2009

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Katharina Rommel	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Herr Jürgen Zschocke	Verw	
Herr John Dauert	SKE	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	
Frau Dr. Regine Stark	SKE	
Frau Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreterin für Herrn Oliver Paulsen
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	Vertreterin für Frau Dr. Bergner

Es fehlten:

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Vertreterin: Frau Dr. Ulrike Wünscher
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreterin: Frau Ines Brock
Frau Monika Engelhardt	SKE	
Frau Petra Meißner	SKE	
Herr Andreas Nowottny	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 01.09.2009
- 3.1. Stand: Förderschule am Jägerplatz
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Standortwechsel der Grundschule Rosengarten
Vorlage: V/2009/08222
- 4.2. Schulentwicklungsplanung
Bezugsbeschluss - Mittelfristige Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10 vom 25.02.2009 (Beschluss-Nr.: IV/2008/07382); Stellungnahme der Verwaltung zur Ablehnung der Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt vom 6. Juli 2009
Vorlage: V/2009/08196
- 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Schulentwicklungsplanung Bezugsbeschluss - Mittelfristige Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10 vom 25.02.2009 (Beschluss-Nr.: IV/2008/07382); Stellungnahme der Verwaltung zur Ablehnung der Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt vom 6. Juli 2009
Vorlage: V/2009/08311
- 4.3. 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08198
- 4.3.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage - 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung der Stadt Halle (Saale) - (Vorlagen-Nr.: V/2009/08198)
Vorlage: V/2009/08333
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Umsetzung Konjunkturpaket II
- 7.2. Familienberichterstattung - 2. Teilbericht Bildung
Vorlage: V/2009/08215
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Schachtschneider begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste.

Einladung erfolgte ordnungsgemäß.

Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Herr Schachtschneider informiert Ausschuss, dass zwei Anträge auf Rederecht vorliegen(Elternvertreter GS Am Heiderand und Stadtelternrat)

Bittet Ausschuss um Votum ob Rederecht erteilt wird – Begrenzung auf jeweils 10 Minuten).

Abstimmung: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider bittet die Elternvertreterin der GS Am Heiderand um Ihren Beitrag

Ausführungen zum Bauzustand und zu Informationen über geplante Sanierungsmaßnahmen (Vgl. Anlage zum Protokoll)

Herr Bielecke informiert, dass durch das ZGM unverzüglich reagiert wurde. Sachverständige wurden eingeschaltet, um zu prüfen, ob Schimmelbefall vorliegt. Ergebnis negativ – kein Schimmelbefall. Weitere Maßnahmen zur Beseitigung von Unfallquellen wurden eingeleitet.

Zur Zeit nur Erhalt der Funktionsfähigkeit – Vorstellungen Turnhalle in Gesamt-sanierung einbeziehen. Schulunterricht soll gewährleistet werden. Einiges bereits umgesetzt anderes folgt in den nächsten Tagen.

Frau Brock fragt, warum GS nicht im K II Programm.

Herr Geier antwortet, dass im ersten Schritt die Mittel auf Schwerpunkte verteilt wurden. Die fachbezogene Abwägung, was mit den Mittel umgesetzt wird erfolgte durch das Fachamt.

Herr Hildebrand ergänzt, dass am Anfang Unklarheiten existierten, was mit den Mitteln umgesetzt werden kann. In dieser Phase geplant, 8 Turnhallen zu sanieren. Andere Schwerpunktsetzung führte später dazu, dass die TH nicht in das K II Programm aufgenommen wurden.

Durch erweiterte EFRE-Möglichkeiten wurde GS einschließlich Turnhalle auf städtische Entscheidung für die Beantragung in das EFRE Programm aufgenommen.

Herr Bauersfeld sieht es als problematisch, wenn an einer Grundschule Schimmelbefall auftritt und möchte wissen, wann das ZGM das letzte Mal den Standort geprüft hat.

Herr Bielecke: Es liegt kein Schimmelbefall vor. Das ZGM hat im Frühjahr dieses Jahres das Objekt überprüft.

Herr Trömel und Herr Marquardt fragen an was und wann welche Maßnahmen erfolgten und der erfolgen sollen.

Herr Bielecke: Gefahren werden, soweit machbar, sofort beseitigt (Ausschilderung Fluchtwege, Lagerung Sportgeräte).

Andere Maßnahmen müssen längerfristig umgesetzt werden (Fußboden).

Herr Schachtschneider fragt an, was unter unverzüglich / sofort zu verstehen ist. Fordert Zeitschiene bis wann was erledigt.

Frau Rommel schließt sich an und bittet das ZGM um eine schriftliche Aufstellung (was, wann welche Kosten) und Übergabe der Aufstellung an die Fraktionen bis nächste Woche.

Herr Senger, stellvertretender Vorsitzender des Stadelternrates spricht sich für den Erhalt des Schullandheimes Franzigmark aus.

Verweist auf Widersprüche zwischen Aussagen der Verwaltung zur Natur erleben und lieben und dem jetzigen Handeln. Hinweis auf UN-Kinderrechtskonvention – Schullandheim Ort der Bildung, auch Soziale Komponenten in der Funktion eines Schullandheimes berücksichtigen. Kritisiert falsche Informationen der Verwaltung u. a. den Anschlusszwang an die Abwasseranlage und die Antworten der Verwaltung zu den Stadtratsanfragen der Fraktion DIE LINKEN sowie der Stadträtin Frau Wolff.

Er verweist nochmals auf die dem Beigeordneten übergebene Unterschriftensammlung des Stadelternrates zum Erhalt der Franzigmark.

Herr Geier erklärt, dass die Verwaltung schon die Aussagen ernst nimmt.

Er verweist auf die „bunte Liste“ welche in der Verwaltung und im Stadtrat diskutiert und beschlossen wurde .

Jetzt Diskussion zu diesem Beschluss!

Legitim dass finanzielle Seite Aufwand : Auslastung betrachtet wird und es muss geprüft werden, warum Defizite auftreten und bei vergleichbaren Objekten ggf. nicht.

Verweist darauf, dass der Beigeordnete Herr Kogge die Diskussion in den nächsten Ausschusssitzungen vernünftig weiterführen wird.

Herr Lange fordert Ehrlichkeit bei der Darstellung von Zahlen. Dazu ist erforderlich festzulegen, was ich zu Grunde lege, welche Kriterien (Betten, Übernachtungen, mögliche Nutzungstage etc.)

Sieht Klärungsbedarf, warum Belegungen storniert wurden. Wer hat was festgelegt? Ist dadurch ein Schaden für die Stadt entstanden. Müssen rechtliche Schritte eingeleitet werden?

Herr Hildebrand sieht schon eine Pflicht des vorsorglichen Hinweises, dass die Möglichkeit der Schließung besteht.

Herr Lange sieht in dem Vorgehen ein Todreden der Einrichtung. Der Schaden ist nicht zu rück zu drehen.

Frau Brock schließt sich an und sieht hier die Schaffung von Fakten, die dann als Begründung verwendet werden.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Rommel beantragt die Erweiterung der Tagesordnung

Einfügen der TOP Sanierungsstand Jägerplatz vor dem TOP Beschlussvorlagen

Herr Strech beantragt die Ergänzung der TO um den Punkt 4.2.1

Änderungsantrag der Fraktion Mit BÜRGER für Halle – Neues Forum zur Beschlussvorlage Schulentwicklungsplanung

Abstimmung zur geänderten Tagesordnung

Einstimmig angenommen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 01.09.2009

Herr Trömel bittet die bereits mehrfach geforderte Liste der K II Maßnahmen nachzureichen.

Herr Hildebrand sagt zu, Liste bis Mo in die Fraktionen zu geben.

Abstimmung: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 3.1 Stand: Förderschule am Jägerplatz

Herr Bielecke nimmt Bezug auf seine Ausführungen in der Septemberberatung.

Nach Kostenermittlung erfolgt diesen Monat die Planung der technischen und ausstattungsseitigen Maßnahmen

Abschluss z. Z. so geplant, dass in Weihnachtsferien Rückzug erfolgen kann

Herr Trömel fragt, warum es jetzt zu einem Kostenanstieg kommt.

Herr Bielecke verweist darauf, dass es am Anfang eine Grobschätzung des Umfanges gab. Jetzt exakte Ermittlung der erforderlichen Maßnahmen und Kosten. Sind u. a. auch dafür notwendig, um Rückzug zu gewährleisten.

Herr Schachtschneider fragt, ob in dem Finanzvolumen auch Brandschutzmaßnahmen enthalten sind.

Herr Bielecke erklärt, dass zur Zeit der Sanierung des Objektes in den 90er Jahren andere Richtwerte galten. Heute sind dies teilweise Mängel und es bedarf einer erneuten Ertüchtigung. Hinzu kommen bei diesem Objekt die Belange des Denkmalschutzes die für alle Maßnahmen mit zu untersuchen sind.

Die Ertüchtigung der Lampen steht mit ca. 75 – 80 T€ an.
Brandschutztechnisch ist 2. Rettungsweg erforderlich – Anbau Fluchttreppe ca 70 – 80 T€
Prüfung ob Alternativen; Alternativen oft im Widerspruch zu Denkmalschutz
Derzeit technische Ausführung was möglich ist. Im Treppenhaus wären aufwendige Brandschutzmaßnahmen erforderlich (Abschottung, Entrauchung) – Kosten ca. 500 T€. ZGM arbeitet weiter an Konzept.

Frau Rommel und Herr Marquardt fragen nach den Kosten für die Lampen und ob damit nur der Austausch finanziert wird und woher die Finanzierung kommt.

Herr Bielecke erklärt, dass durch unterschiedliche Decken und unterschiedliche Füllkörper auch unterschiedliche Verfahren zur Befestigung der Rohrleitungen, welche die Stromzuführung aufnehmen erforderlich sind. Dies verursacht die Kosten.

Weiterhin ist auf Grund der brandschutztechnischen Belange vorgesehen, eine Brandmeldeanlage (ca. 22 T€) zu installieren um eine schnelle Rettungssicherung zu gewährleisten.

Finanzierung wird geprüft.

Herr Bauersfeld verweist darauf, dass Brandschutz kein neues Thema ist. Jetzige Havarie das kleinere Übel. Was war für Objekt geplant. Wann wird der Bestandschutz eines Objektes aufgehoben?

Herr Schachtschneider ergänzt, dass jetzt so instandgesetzt werden soll, damit nicht weitere Umzüge erforderlich werden.

Herr Bielecke erklärt nochmals, dass in den 90er Jahren andere Brandschutzvorschriften galten als heute.

Insbesondere für die oberen Geschosse muss entsprechend der Personenzahl eine Rettung in einer bestimmten Zeit möglich sein. Das heißt, der Baukörper (Decken, Türen u. a.) muss im Brandfall auch diese Zeit standhalten.

Wenn Ertüchtigung nach heutigem Stand, dann mindestens ein Jahr Bauzeit erforderlich.

Herr Bauersfeld erklärt, dass dann viele Schulen zu schließen wären. Es wird jetzt etwas zusätzlich aufgesattelt, was das Ganze teuer macht.

Herr Bielecke antwortet, wenn Objekt erhalten werden soll muss brandschutztechnische Ertüchtigung erfolgen.

Herr Lange fragt , ob bei Nichtnutzung der Bestandschutz nicht entfällt.

Herr Bielecke bestätigt dies.

Frau Raab fragt an, was noch erwartet werden kann, damit Schule nicht zurück ziehen kann?

Herr Bielecke verweist darauf, dass Bauordnung heute andere Ausführungen hat. Ausführender muss gesetzliche Grundlagen einhalten bei Baumaßnahmen. Mängelbeseitigung hat nichts mit bauordnungsrechtlicher Abnahme zu tun.

Frau Raab fragt an, ob Bauordnungsamt großzügig bewerten wird.

Herr Bielecke: Die Schulen sind in unterschiedlichen Bauzustand. Welche Beurteilung das Bauordnungsamt zu den einzelnen Standorten abgeben wird kann von ihm und dem ZGM nicht eingeschätzt werden.

Frau Dr. Stark sieht nachwievor Unsicherheitsfaktoren und erwartet klare Aussagen vom ZGM.

Herr Schachtschneider fasst Aussagen ZGM zusammen:

1. Derzeit noch Absprachen und Prüfungen zu den Maßnahmen
2. Kleinstmögliche (finanziell) Variante wird umgesetzt
3. Umzugstermin (Rückzug) steht

Frau Rommel bittet bei dem Umzugstermin zu berücksichtigen, dass dieser in der Ferienzeit der Lehrer liegt.

Herr Schachtschneider verweist auf seine Zusammenfassung und bittet Herrn Bielecke um schriftlichen Bericht zum Zwischenstand für nächste BA.

Frau Dr. Stark fragt nochmals was geschieht, wenn Finanzierung gefunden ist?

Herr Geier antwortet, dass ZGM jetzt die Kosten ermittelt. Anschließend Prüfung wie aus städtischen Haushalt finanzierbar. BA und SR werden entsprechend informiert.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Standortwechsel der Grundschule Rosengarten** **Vorlage: V/2009/08222**

Herr Bauersfeld verweist auf den SR-Beschluss zur Schulentwicklungsplanung und die Festlegungen zum Standort Rosengarten.
Sieht bedenken bei den Schulwegen, Querung Merseburger Straße.

Herr Hildebrand gibt an, dass die Verwaltung hier einen Elternwunsch aufgegriffen hat. Die Gesamtkonferenz der Grundschule sowie auch das Landesverwaltungsamt haben sich positiv zu diesem Standortwechsel geäußert. Bittet um Entscheidung im Interesse der Kinder.

Frau Rommel fragt Elternwunsch oder Wunsch der Verwaltung. Wie lange bleibt Rosengarten eigenständige Schule?

Herr Hildebrand antwortet, solange bis SR etwas anderes beschließt.

Herr Lange sieht Unstimmigkeiten Zwischen der Aussage zum baulichem Zustand des Gebäudes der GS Rosengarten und den Nachnutzungsüberlegungen der Verwaltung. Desweiteren sieht er keine verbesserten pädagogischen Ansätze, da keine andere Zuweisung von Lehrerstunden erfolgen wird wie an Einzelstandorten.

Herr Hildebrand erklärt, dass Rosengarten baulich besser als Auenschule. Wenn Auszug zugestimmt wird Verwaltung Nachnutzung prüfen (was ist möglich) für Ganztags schulangebote der KGS Hutten.
Bezüglich der Unterrichtsversorgung verweist er auf die Stellungnahme des LVwA.

Herr Kneissl ist der Auffassung, dass sich für Schüler nicht verändern wird. Veränderungen treten nur für Befürwortet einer Fusion der beiden Schulen ein. Eltern müssen LVwA in die Pflicht nehmen.

Frau Rommel sieht in der Stellungnahme des LVwA eine Stellungnahme für eine fusionierte Schule. Umzug ist Vorwegnahme eines Beschlusses.

Herr Bauersfeld schließt sich an. Schaffung von Voraussetzungen für SEPI zur Zusammenlegung. Besetzung Schulleiterstelle ist Aufgabe des LVwA.

Herr Schachtschneider verweist auf die vorliegenden Zahlen und dass sich daraus keine Besetzung der Schulleiterstelle ergeben wird.
BA sollte eine Entscheidung treffen.

Herr Lange fragt, warum Vorlage nicht in den SR geht, da Ergänzung zur SEPI.

Herr Hildebrand sieht im Umzug nicht das Erfordernis der Beteiligungsverwaltung des SR.

Frau Rommel widerspricht mit dem Verweis auf den Beschluss zum Umzug GS Luxemburg.

Herr Geier stellt die Frage eines evtl. Rückzuges der Vorlage.

Frau Dr. Wünscher verneint, möchte Votum des BA und Einbringen der Vorlage in den SR

Frau Brock: Umzugstermin nicht mehr haltbar. BA sollte sofort entscheiden.

Herr Schachtschneider sieht ggf. nochmaligen Rücksprachebedarf mit dem Land.

Herr Dr. Diaby: BA sollte entscheiden

Herr Lange vertritt weiterhin die Auffassung, dass SR für Entscheidungen zuständig und damit Vorlage auch in den SR gehen sollte.

Herr Strech verweist darauf, dass auch bei zwei eigenständigen Schulen die Möglichkeit besteht unkompliziert sich gegenseitig zu helfen ohne dabei immer erst eine langwierige Entscheidung des LVwA abzuwarten.

Herr Bauersfeld und Herr Lange fordern die Verwaltung auf, ihrerseits nochmals beim LVwA Veränderungen bei der Stundensicherung für die GS Rosengarten einzufordern.

Herr Hildebrand erklärt, dass Anschreiben an LVwA erfolgen wird und die Vorlage für den SR am 28.10.2009 eingereicht wird.

Herr Schachtschneider bittet die Ausschussmitglieder um das Votum zur Vorlage als Empfehlung für den Stadtrat.

Abstimmungsergebnis:

6 x Ja-Stimmen
3 x Nein-Stimmen
2 x Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt

1. den Gebäudewechsel der Grundschule Rosengarten
vom Standort Ottostraße 25
zum Standort Huttenstraße 40
2. Der Umzug erfolgt in der Zeit vom 17.12.-22.12.2009.
Ab 07.01.2010 wird der Unterricht der Grundschule Rosengarten im Schulgebäude
Huttenstraße 40 durchgeführt.

zu 4.2 Schulentwicklungsplanung
Bezugsbeschluss - Mittelfristige Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10 vom 25.02.2009 (Beschluss-Nr.: IV/2008/07382); Stellungnahme der Verwaltung zur Ablehnung der Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt vom 6. Juli 2009
Vorlage: V/2009/08196

Herr Hildebrand erläutert die Vorlage. Durch das LVwA wurde SR-Beschluss vom Febr. 2009 zur Schulentwicklungsplanung nicht genehmigt. Vorlage berücksichtigt die durch das LVwA bemängelten Punkte und stellt die durch das LVwA geforderte Regulierung der Steuerung der Schülerströme an weiterführende Schulen als Teil der Fortschreibung für das Schuljahr 2010/11 in Aussicht.

Frau Raab fragt nach, warum die Schülerzahlen nicht aktualisiert wurden.

Herr Hildebrand verweist nochmals darauf, dass es sich um die bereits beschlossene Vorlage handelt. Keine neue Vorlage, nur Bereinigung nicht beschlossener Teile und Veränderung in der Zusammenstellung sowie Ergänzung um die Nachweise von Beteiligungsverfahren.

Herr Marquardt fragt nach einem überarbeiteten SEPL.

Herr Hildebrand verweist darauf, dass im November der neue Plan im BA zur Diskussion ansteht

Abstimmungsergebnis:

Modifizierter Beschluss

10 x Ja-Stimmen
0 x Nein-Stimmen
1 x Enthaltung

Beschlussvorschlag: modifiziert nach Änderungsantrag der Farktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM (V/2009/08311)

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestätigt die Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zur Ablehnung der Genehmigung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) durch das Landesverwaltungsamt gemäß Anlage 1.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit den SchulleiterInnen der unten genannten Schulen einen Vorschlag zu entwickeln und im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2010/11 (bis

31.12.09) einen genehmigungsfähigen Beschluss zur Regulierung der Verteilung der Schüler auf die Gymnasialstandorte

**Giebichenstein-Gymnasium „Thomas Müntzer“, Friedenstraße
Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium, Friesenstraße
Gymnasium Südstadt, Kattowitzer Straße
Christian-Wolff-Gymnasium, Kastanienallee**

vorzulegen.

Das zu entwickelnde Auswahlverfahren bei Überschreiten der Aufnahmekapazität soll sich an den bereits vorhandenen Regeln für Gymnasien mit inhaltlichem Schwerpunkt und Gesamtschulen orientieren.

3. Auch das Gymnasium Südstadt und das Wolff-Gymnasium weisen inhaltliche Besonderheiten auf. Diese beiden Gymnasien sollen in Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt, dass für das Schulfachliche und die Personalangelegenheiten zuständig ist, nach Kräften weiter gestärkt und entwickelt, aber auch ergänzt werden

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Schulentwicklungsplanung Bezugsbeschluss - Mittelfristige Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10 vom 25.02.2009 (Beschluss-Nr.: IV/2008/07382); Stellungnahme der Verwaltung zur Ablehnung der Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt vom 6. Juli 2009
Vorlage: V/2009/08311**

Herr Strech begründet den Vorschlag. Änderung soll Schulleiter aktiv einbeziehen und sichern, dass pädagogische Besonderheiten der einzelnen Gymnasien in einem Auswahlverfahren einfließen.

Frau Raab informiert, dass in einem Schreiben des MK an den Landtag informiert wird, dass im Herbst dieses Jahres eine Regelung zur Aufnahme kommen soll.

Herr Lange bestätigt dies.

Herr Dauert fragt nach, wann die SEPI BbS vorliegen wird.

Herr Hildebrand informiert, dass in den letzten Beratungen mit dem MK dazu terminliche Absprachen stattgefunden haben. Diese sind bisher noch nicht durch das MK bestätigt wurden.

Herr Hildebrand bringt das Votum der Verwaltung zum Änderungsantrag zum Ausdruck. Danach kann die Verwaltung den Punkt 1 des Änderungsantrages mittragen. Für den 2. Punkt bestehen Bedenken hinsichtlich der Abgrenzung zwischen genehmigten inhaltlichen Schwerpunkten und schulinternen Schwerpunkten. Vw stimmt aber trotzdem zu.

Frau Brock bitte um für den Änderungsantrag um einzelne Abstimmung nach Punkten.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung:

Pkt. 2 8 x Ja-Stimmen
0 x Nein-Stimmen
1 x Enthaltung

Pkt. 3 8 x Ja-Stimmen
0 x Nein-Stimmen
1 x Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 2 wird um folgende Worte ergänzt und erhält nachstehende Fassung:

2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, **gemeinsam mit den SchulleiterInnen der unten genannten Schulen einen Vorschlag zu entwickeln und** im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2010/11 (bis 31.12.2009) einen genehmigungsfähigen Beschluss
 - Vorschlag zur Regulierung der Verteilung der Schüler auf die Gymnasialstandorte

**Giebichenstein-Gymnasium „Thomas Müntzer“, Friedenstraße
Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium, Friesenstraße
Gymnasium Südstadt, Kattowitzer Straße
Christian-Wolff-Gymnasium, Kastanienallee**

vorzulegen.

Das zu entwickelnde Auswahlverfahren bei Überschreiten der Aufnahmekapazität soll sich an den bereits vorhandenen Regeln für Gymnasien mit inhaltlichem Schwerpunkt und Gesamtschulen orientieren.

Der Beschluss wird mit einem Beschlusspunkt 3 erweitert:

3. **Auch das Gymnasium Südstadt und das Wolff-Gymnasium weisen inhaltliche Besonderheiten auf. Diese beiden Gymnasien sollen in Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt, das für das Schulfachliche und die Personalangelegenheiten zuständig ist, nach Kräften weiter gestärkt und entwickelt, aber auch ergänzt werden.**

**zu 4.3 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08198**

Herr Hildebrand erklärt die Notwendigkeit dieser Änderung auf Grund der 12. Änderung des Schulgesetzes.

Festlegung der Grenze ab wann Bezuschussung einsetzt und rückwirkende Inkraftsetzung entsprechend der Gesetzesänderung.

Frau Dr. Wünscher fragt nach, wie neben der jetzt vorliegenden Angleichung an das Landesrecht der Stand der generellen Änderung der Schülerbeförderungssatzung in der Stadt ist.

Herr Geier informiert, dass die Dezernate I, II und IV sich verständigt haben. Es hat Abstimmungen mit dem MDV und der HAVAG gegeben. Er ist zuversichtlich, dass in absehbarer Zeit Ergebnisse vorgelegt werden können.

Frau Brock fragt an, warum Magdeburg bereits ab 3 km bezuschusst und Halle erst ab 4 km.

Herr Lange verweist auf einen langen Prozess im Land, ehe die Änderung für die 11. bis 13. Klassen umgesetzt wurde. Das Ergebnis ist für ihn trotzdem unbefriedigend – warum ab 11. Klasse anders als bis 10. Klasse.

Bringt Änderungsvorschlag der Fraktion DIE LINKEN ein:

Vorlage der Verwaltung wird dahingehend geändert, dass die Bezuschussung bereits ab 3 km erfolgt.

Durch die Refinanzierung des Landes entstehen der Stadt keine zusätzlichen Kosten.

Herr Geier sieht mit dem Änderungsvorschlag Benachteiligungen anderer Schülergruppen.

Herr Trömel verweist auf einen Rechenfehler bei der Darstellung der voraussichtlichen Kosten für das HH-Jahr 2010.

Herr Hildebrand: Fehler wird korrigiert. Spricht sich gegen Änderungsvorschlag aus. Sieht Benachteiligung besonders der Schüler im BVJ und BGJ für die nach alter Fassung eine Entfernung von 4 km gilt.

Abstimmungsergebnis:

Herr Schachtschneider bittet um Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKEN

Abstimmung	7 x Zustimmung
	4 x Ablehnung
	0 x Enthaltung

Herr Geier weist nochmals darauf hin, dass die Verwaltung parallel dazu die finanziellen Auswirkungen der Änderung prüfen wird.

Sachsen-Anhalt in der Fassung des Zwölften Änderungsgesetzes vom 14.07.2009 Anspruch auf Entlastung von den Fahrkosten zum Schulbesuch haben, beträgt die Mindestentfernung für die Jahrgangsstufen 11 – 13, ab der der Anspruch besteht, 3,0 km.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Umsetzung Konjunkturpaket II

Herr Hildebrand benennt nochmals die Objekte die Im K II Programm berücksichtigt sind

TH und Hort GS Büschdorf
GS Kröllwitz
GS Diesterweg
TH Taubenstraße des Cantor-Gymnasiums
Fassadendämmung Wolff-Gymnasium

Herr Bielecke berichtet, dass die Planung vorangeschritten ist und z. T. zur Genehmigung eingereicht ist.
Für das kommunale Bildungszentrum erfolgen noch Abwägungen von Realisierungsmöglichkeiten.
Fassade Wolff-Gymnasium in der Ferienzeit geplant, Ausschreibung läuft.

Die Durchführungsphasen beginnen Ende 2009.
Problem: Planungen auf der Grundlage des Preisindex 2009 ; Veränderungen 2010 möglich

zu 7.2 Familienberichterstattung - 2. Teilbericht Bildung Vorlage: V/2009/08215

Herr Weiske erklärt das Anliegen des Berichtes. Verbindung zum Kinderarmutsbericht – Korrelation zwischen Kinderarmut und Bildungsniveau

Frau Rommel bittet bei solchen Berichterstattungen um die richtige Verwendung von Fachbegriffen.

Frau Brock sieht in dieser umfassenden Auslegung des Bildungsbegriffes eine gute Arbeit der Verwaltung.

Hr. Dr. Diaby wünscht sich in weiteren Berichten eine tiefer gehende Analyse bezüglich ausländischer Kinder und Schüler. Migrationsatlas stärker in die Berichterstattung einfließen lassen. Ausländerbeirat einbeziehen.

Verwaltung sollte Kontakt zu Leipzig aufnehmen, wo ausgewählten Daten zu ausländischen Mitbürgern sehr breit ermittelt und dargelegt wurden.

Herr Bauersfeld fehlen Aussagen zur Entwicklung der Abiturienten – wie viel Abiturienten nehmen ein Studium auf, wie viele nehmen eine berufliche Ausbildung auf?

Frau Rommel fehlen Aussagen zu –

Was sind ausländische Schüler?

Wie viele Schüler besuchen kurzzeitig eine Schule in Halle

Wie ist der Stand der Hochbegabtenförderung?

Herr Marquardt lobt die fundierte Ausarbeitung, verweist aber auf eine Fehlinterpretation hinsichtlich der Ursache der Entwicklung der Studentenzahlen an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ab 2004 hin: Für die Abnahme der Immatrikulationszahlen war nicht die Demografieentwicklung die Ursache, sondern die Hochschulstrukturplanung des Landes Sachsen-Anhalt von 2004, wonach die Universität 14,7 Mio. Euro einsparen musste. In der Folge wurden u.a. die ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge geschlossen und für ca. 80% der Fächer ein örtlicher NC eingeführt.

Weiterhin fragt er hinsichtlich der Empfehlung des Berichts zur Zweizügigkeit von Grundschulen nach, weil diese bedeuten würde, dass weitere Grundschulen, die einzügig sind, keinen Bestand haben würden.“

Herr Weiske: Empfehlung ist keine verbindliche Festlegung. Am Bericht wird weiter gearbeitet. Zusammenarbeit mit MLU soll ausgeweitet werden, Zusammenarbeit mit Lenkstudie Abgänger Sekundarschule geplant.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt den vorliegenden 2. Teilbericht der Familienberichterstattung: Bildung, zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkung:

keine

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Trömel fragt an, ob bei der Sanierung der Objekte GS Kröllwitz und GS Diesterweg die Barrierefreiheit berücksichtigt ist

Herr Hildebrand antwortet, dass die beiden Grundschulen und die IGS barrierefrei geplant sind.

Herr Lange fragt nach dem Konzept für das kommunale Bildungszentrum?

Herr Hildebrand erklärt, dass die VHS in das Objekt einziehen wird. Die verbleibenden Unterrichtsräume werden als allgemeine Unterrichtsräume geplant. Die Fachunterrichtsräume der BbS befinden sich nicht in diesem Gebäudeteil.

Herr Dauert fragt nach der GS am Heiderand.

Herr Hildebrand verweist darauf, dass das Objekt einschließlich TH eingereicht werden soll für eine Sanierung über EFRE-Mittel.

Herr Bauersfeld kritisiert die Nichtnutzbarkeit von Sportgeräten am Cantor-Gymnasium (Stufenbarren).

Herr Hildebrand: Verwaltung wird prüfen.

Herr Lange fragt nach, warum wieder kein VHS-Beirat gewählt wird.

Herr Hildebrand schlägt vor, die Wahl als TOP für die Ausschusssitzung im November aufzunehmen.

zu 9 Anregungen

Herr Schachtschneider schlägt vor, die Ausschusssitzung Dezember 2009 im Südstadtgymnasium durchzuführen.

Frau Rommel bittet um einen Bericht zur Situation der Schulgärten in der Stadt Halle zur nächsten Ausschusssitzung.

Herr Lange bittet ebenfalls für die Novembersitzung um das Konzept für das kommunale Bildungszentrum.

Für die Richtigkeit:

Datum: 13.11.09

gez.
Jürgen Zschocke
Protokollführer

gez.
Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender